

Das Besondere an Finanzkrisen

Besonderheit von Finanzkrisen

- Kampf um den Mehrwert zwischen den Kapitalen in extremer Form
- Hoher spekulativer Gehalt
- Krise des Kredits – dadurch immer mit tiefen Wirkungen in alle Bereiche der Gesellschaft verbunden
- Wirkungen auf Staatshaushalte
- Durch Privatisierung sozialer Sicherung existenzielle Frage für Massen

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009
11

Folie 11

Da die aktuelle Wirtschaftskrise als Finanzkrise beginnt, sollte die Eigenheit von Finanzkrisen kurz behandelt werden. Ausführlicher sollte dies dann anhand des konkreten Krisenverlaufes (Folien 26ff.) erfolgen. Dieser Einschub ist sinnvoll, da die Entwicklung des Finanzsektors als eine wichtige Veränderung der Rahmenbedingungen für den Krisenverlauf betrachtet werden muss.

Hier sollte bereits betont werden, dass auch die Finanzkrisen aus dem „normalen Geschäft“ erwachsen – sie sind eine Sphäre der Kapitalverwertung wie jede andere, bietet aber eben breitere Spekulationsmöglichkeiten.

Die Entwicklung des Kreditsystems führt dazu, dass sich der Finanzsektor relativ – aber auch nur relativ – losgelöst von anderen Teilen der kapitalistischen Wirtschaft entwickeln kann. Erst einmal ist dieser Sektor durch den Kampf zwischen den Kapitalbesitzern um einen höheren Anteil am gesellschaftlich produzierten Mehrwert charakterisiert. Das wäre an sich nicht weiter problematisch – allerdings bedeutet ein entwickeltes Kreditwesen, dass alle seine Elemente eng miteinander verflochten sind. Das Kreditwesen und damit die Finanzmärkte sind ein wesentlicher Vermittler der Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Durch die Ausgabe von Aktien, Anleihen oder Kredite finanzieren Unternehmen ihre Tätigkeit, sie können ihre Kapazitäten erweitern, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben betreiben. Durch den Kauf von Aktien der Konkurrenten können sie diese ggf. auch übernehmen und so ihre Position stärken, indem sie die Potenziale der Kooperation innerhalb des Konzerns nutzen können. Viele dieser Operationen werden erst durch diesen Finanzmarkt möglich, weil Unternehmen nur selten in der Lage sind, den erforderlichen Kapitalvorschuss aus den eigenen vorhandenen Mittel aufzubringen.

Wird durch Spekulationen oder durch den Ausfall von Schuldner an einer Stelle dieses Netz zerrissen, sind die Folgen meist nicht absehbar. Dies schließt Rückwirkungen auf die Staats- und Kommunalhaushalte mit ein, da diese oft über Kredite finanziert werden.

Ein eigenes Feld stellt in diesem Zusammenhang die Verbindung von Finanz- und Währungskrisen dar. Da Währungen wie andere Waren auch handelbar sind, können sie so ebenfalls Opfer der Bewegungen der Finanzmärkte werden – wie die Folie 12 zeigt, besteht in den letzten 30 Jahren ein enger Zusammenhang von Finanz- und Währungskrisen. Die Spekulation mit Währungen kann z.B. im einfachsten Falle bedeuten

- a) Kauf von Geld in einer Währung mit dem Ziel des Verkaufs gegen eine andere (und damit aus den unterschiedlichen Umtauschverhältnissen Gewinn zu ziehen)
- b) Kauf von Geld mit der Erwartung, dass sich der Wert der Währung verändert und dadurch ein Verkauf zu einem späteren Zeitpunkt Gewinn bringen könnte.

Das ist mit Rückwirkungen auf den Staatshaushalt und das Bankensystem der betroffenen Länder verbunden. Der Aufkauf von Geld vermindert die im Land umlaufende Geldmenge und zwingt zur Ausgabe neuen Geldes – wird das spekulativ gehortete Geld plötzlich wieder verkauft, erhöht sich die Geldmenge, ohne dass dem eine entsprechende Erhöhung der Warenmenge gegenüberstehen könnte. Das kann eine Inflation auslösen, die dann entsprechende negative ökonomische und soziale Folgen nach sich zieht. In den meisten der aufgeführten Fällen ist es der Zusammenhang von durch Weltbank und IWF erzwungener Exportorientierung, Privatisierung und Bindung an den Dollar, die Finanz- und Währungskrisen auslösen.

| Spekulation und Finanzkrisen |
|--|
| 1980/82 Lateinamerika |
| 1987 New Yorker Aktienkrise |
| 1991/92 Krise des Europäischen Währungssystems |
| 1994/94 Mexiko |
| 1996/98 Asienkrise |
| 1998/2000 Argentinien/Brasilien |
| 1998 Long Term Capital Management (LTCM) |
| 2000 Rußland |
| 2000 New Economy, dot.com-Krise |
| 2001 Türkei |
| 2007/2008 „Subprime“ Krise |

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009 12

Folie 12

(Dies sollte nur als Hinweis benannt werden, ohne es an dieser Stelle zu entwickeln, da das nicht die Besonderheit der gegenwärtigen Krise ist.) Für interessierte kann auf Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 2002 S. 176ff. verwiesen werden.

An der Nutzung der spekulativen Potenziale der Finanzmärkte haben nicht nur Geldkapitalisten Interesse. Da heute auch z.B. Industrieunternehmen flexible Formen der Finanzierung benötigen, sind auch sie an fragwürdigen Finanzprodukten interessiert. Dies zeigte sich z.B. in der dot.com-Krise.

Mit der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme sind heute mehr Menschen denn je unmittelbar mit den Wirkungen der Bewegungen des Finanzmarktes in ihrem Leben konfrontiert.

Auch wenn die Akteure von Wirtschafts- und Finanzkrisen sich überschneiden und ökonomisch, politisch, ideologisch und personell miteinander eng verflochten sind, schließt das Interessenwidersprüche bezüglich der Zulässigkeit von spekulativen Praktiken oder dem Umfang der Regulierung der Finanzmärkte nicht aus. Regulierung der Finanzmärkte bedeutet also keinesfalls irgendeine Form von Sozialismus – es geht um die Regulierung von Konkurrenzverhältnissen, um die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt zu erhalten.

Ursachen und Hintergründe der Wirtschafts- und Finanzkrise

Ursachen der aktuellen Krise

- Was hat sich gegenüber den 30er Jahren verändert?
- Was ist in der *Wirtschaft* seit den 80er Jahren passiert?
- Was ist in der *Gesellschaft* seit den achtziger Jahren passiert?
- Welche Krisenursachen lassen sich daraus ableiten?

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009 13

Folie 13

Zur Einleitung dieses Teils könnten Sequenzen des Films „Enron. The smartest guys in the room“ genutzt werden.

Es wird an Folie 10 angeknüpft und eine Vertiefung vorgenommen.

Zudem sollte hier wieder ein Perspektivenwechsel vorgenommen werden, in dem die Frage modifiziert wird: *Wie haben die SeminarteilnehmerInnen die Veränderungen in den letzten Jahren wahrgenommen? Die auf den Folien beschriebenen grundlegenden Tendenzen etwa „Globalisierung“ sollten bezüglich der eigenen Erfahrungen hinterfragt werden. Die Veränderungen können über Kartenabfragen oder durch Anschreiben auf Plakate gesammelt und dann gruppiert werden. Im Verlauf des Seminars kann dann darauf im Zusammenhang mit Strategien zum Widerstand gegen die Krise wieder Bezug genommen werden.*

Die aktuelle Krise - Hintergrund

- Seit etwa 100 Jahren funktioniert der Krisenmechanismus nicht mehr – keine Entwertung überschüssigen Kapitals in erforderlichem Umfang mehr möglich
– Folge: permanente Labilität
- Fortbestehen monopolistisch geprägter Wirtschaftsstrukturen
- Verflechtung Staat-Wirtschaft

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009 14

Folie 14

Dabei gibt es natürlich eine Reihe von Faktoren, die bereits über eine längere Zeit wirken. Dazu gehören die Vorherrschaft monopolistisch geprägter Wirtschaftsstrukturen und die Verflechtung von Staat und Wirtschaft. Beides sind Konstanten seit etwa 100 Jahren, die in der Arbeiterbewegung unterschiedliche Interpretationen erfuhren (*siehe Folie 5 und 10*). Als langfristig wirkende Faktoren bestimmen sie auch weitgehend die Lösungswege von Krisen (nicht nur Wirtschaftskrisen) in den vergangenen Jahrzehnten und bis zu einem gewissen Maße auch die Wege der Lösung der jetzigen Krise.

Was bedeutet „monopolistisch geprägte Wirtschaftsstrukturen“?

Hier bedeutet Monopol, dass Unternehmen in der Lage sind, durch ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht dem Markt (also anderen Kapitalen aber auch den Beschäftigten) und der Gesellschaft weitgehend ihre Bedingungen zu diktieren. Monopole sind also Großkonzerne, mit einer weitreichenden Markt- und politischen Macht. Es bedeutet nicht, dass EIN Unternehmen etwa einen Wirtschaftszweig kontrolliert. Es handelt sich fast immer um mehrere große Unternehmen, die untereinander konkurrieren, aber letztlich gemeinsam den Markt kontrollieren. Durch ihre gemeinsame Marktmacht verhindern sie, dass Kapital sich frei bewegen kann. So sind ihre Zulieferer oft zwar formal gesehen selbständige Unternehmen, meist aber völlig von diesen Großunternehmen abhängig. Die Zulieferer sind Teil einer monopolistisch geprägten Wirtschaftsstruktur, aber nicht Teil der Monopole selbst. Auch die Infrastrukturentwicklung orientiert sich dann letztlich an diesen Unternehmen. Das führt uns dann zu dem zweiten Aspekt, der *Verflechtung von Staat und Wirtschaft*. Dabei geht es nicht um „verschwörungstheoretische“ Überlegungen. Diese Verflechtung hat ihre Grundlage in gemeinsamen Interessen und kann auf verschiedenen Wegen erfolgen.

1. Der Staat tritt selbst als Kapitalist auf, wie er dies bis in die neunziger Jahre in großen Unternehmen in Staatsbesitz getan hat – Beispiele sind die VEBA und VIAG, in gewisser Weise auch VW, zahlreiche Energieunternehmen, wie die Bayernwerke u.a. In dem er selbst als Kapitalist auftritt, nähern sich seine Interessen und die des Großkapitals immer mehr einander an.
2. Durch personelle Verflechtungen. Dies ist im Fall (1) offensichtlich der Fall, zeigt sich aber auch im Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft, in der Wahrnehmung von Interessen des Staates oder der Länder/Kommunen in Beteiligungen der öffentlichen Hand durch ParlamentarierInnen oder BeamtenInnen. Wichtig auch die Verflechtungen, die sich aus der Herkunft von Unternehmens- und politischen Eliten aus *einer* sozialen Schicht ergeben. Lobbyismus und Korruption sind weitere Elemente dieser Verflechtung.
3. Schließlich besteht ein gemeinsames Interesse von Wirtschafts- und politischen Eliten an der Erhaltung der politischen Stabilität. Es ist nicht einfach so, dass (zumindest im „globalen Norden“) die Monopole die Staaten erpressen (dies ist eher die Ausnahme) und so ein ihren Interessen entsprechendes Verhalten erzwingen. Die Sicherung der Positionen in der Wirtschaft wie auch im Staat erzwingt gleichermaßen ein Handeln beider Seiten, das in gleiche Richtungen geht. Das bedeutet beileibe nicht, dass dazu beständig miteinander gesprochen werden müsste – es ist oft die gemeinsame Kultur, die gemeinsame Ideologie und natürlich die Vermittlung über die Medien, die die Verflechtung realisiert.

Diese Verbindung von Marktmacht und politischer Macht führt dazu, dass diese Unternehmen den Fall der Preise aufhalten können (da sie die Anbieter sind, die die Masse bestimmter Waren anbieten), dass sie durch den Staat unterstützt werden (man denke nur an das Beispiel Abwrackprämie!) und dass sie auch Innovationsprozesse in der Krise entsprechend ihren Bedürfnissen gestalten können. Damit kann die Krise ihre Funktion der Entwertung überschüssigen Kapitals nicht mehr voll ausführen.

Zu diesen Hintergründen gehört unter dem Punkt Verflechtung Staat-Wirtschaft auch das Wirken *internationaler Organisationen*, wie der Weltbank, des IWF usw. Sie haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, dass die im nächsten Abschnitt beschriebenen langfristigen Tendenzen verstärkt wurden bzw. die krisenauslösenden Faktoren ihre Wirkung entfalten konnten. Sie waren wichtige Hebel zur Liberalisierung der Finanzmärkte, des Welthandels usw.

Gerade das Wirken der internationalen Organisationen sollte dabei aber auch in ihrer stabilisierenden, d.h. wirtschaftliche Krisenprozesse verzögernden Wirkung hervorgehoben werden. Dies auch, wenn diese Verzögerung, wie sich ja dann in der Härte der tatsächlich ausbrechenden Krisen zeigt, die Widersprüche verschärfen. Ein Beispiel dafür ist das *System von Bretton Woods*, auf das sich ja IWF und Weltbank begründen. Bretton Woods war der Ort, in dem sich im Jahr 1944 die Regierungen von mehr als 40 Staaten trafen, um eine Nachkriegswirtschaftsordnung zu begründen, die die Krisen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vermeiden sollte. Die Schaffung eines auf dem Dollar basierenden Währungssystems mit festen Wechselkursen und die Wirkungen der damit verbundenen internationalen Organisationen brachten im Vergleich zu früher durchaus stabilisierende Elemente in den Weltmarkt. Allerdings eben zu diesem Zeitpunkt (1944 bis in die siebziger Jahre) vor allem im Interesse der USA, später vor allem im Interesse des „globalen Nordens“.

Eine weitgehend sachliche Darstellung zum System von Bretton Woods ist bei Wikipedia zu finden: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System> Unter <http://www.axel-troost.de/serveDocument.php?id=717&file=2/7/2479.pdf> ist ein Aufsatz zu finden, der die Bedeutung einiger Elemente der Diskussionen im Umfeld von Bretton Woods für die heutigen Debatten beleuchtet.

Die aktuelle Krise – Hintergrund II

- Mikroelektronische Revolution
- Globalisierung als neues Niveau gesellschaftlicher Arbeitsteilung
- Umfassende Neuregulierung - Veränderung der Stellung der Gewerkschaften
- Dogma Haushaltskonsolidierung

Folie 15

Es treten aber auch neue Faktoren hinzu.

Wie die industrielle Revolution in England ein wichtiger Ausgangspunkt für die Konstituierung des Krisenzyklus Anfang des 19. Jahrhunderts war, sind die Umbrüche in den technologischen Bedingungen der Produktion, vor allem die Computerisierung ein wichtiger Faktor für den Charakter der Wirtschaftskrisen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Die Einführung von Dampfmaschinen und Werkzeugmaschinen Anfang des 19. Jahrhunderts erforderte einen für die damalige Zeit im Vergleich zu Handwerk und Manufakturen enormen Einsatz von Kapital, um die Produktion aufnehmen und erweitern zu können. Gleichzeitig erforderte der Verschleiß der Maschinen einen regelmäßigen Ersatz dieses (teuren) Teils des eingesetzten Kapitals. Damit war verbunden, dass Absatzstörungen, wie eben eine Krise, weitreichende Folgen hatten. Zudem stärkte der Finanzierungsbedarf derartiger Großunternehmungen die Rolle des Kreditwesens. Dabei war durch den vergleichsweise langen Lebenszyklus der Maschinen und eine vergleichsweise langsame Erneuerung der Produktpalette ein klassischer Kredit völlig ausreichend.

Die Durchdringung der Wirtschaft mit grundsätzlich neuen Technologien ab den siebziger Jahren bedeutete steigende Anforderungen an die Finanzierung derartiger Erneuerungsprozesse. Gleichzeitig erhöhte sich die Geschwindigkeit, in der eine Technologie durch eine neue abgelöst wird. Innovation wurde zu einer permanenten Überlebensnotwendigkeit – entsprechend gewannen flexible Formen der Beschaffung von

Kapital über den klassischen Kredit hinaus Gewicht. Hohe Kapitalvorschüsse müssen aber durch schnellen und hohen Absatz der produzierten Güter bzw. Leistungen refinanziert werden. Daher wurden Produktionsstätten nahe beim Kunden notwendig. Neben dem Versuch, durch Auslagerung in Länder der „Dritten Welt“ Kosten zu sparen, war die Nähe zum Kunden ein aus der sich verschärfenden Konkurrenz resultierender Zwang, der sich heute als Globalisierung darstellt. Auch wurde die Minimierung von Lagerbeständen als Kostensenkungsquelle erkannt, was wiederum zu neuen logistischen Lösungen und zu einer Umgestaltung bei den Zulieferern führte. Diese müssen sich permanent an die Wünsche der Abnehmer anpassen, was also eine beständige Umgestaltung des technologischen Regimes in diesen Unternehmen mit einem entsprechenden Finanzierungsaufwand bedeuten kann. Just in time, Leasing usw. usf. waren Instrumente, die auf der einen Seite die Effizienz der Unternehmen erhöhte, auf der anderen Seite neue Anforderungen an die Finanzierung, mithin an die verfügbaren Formen von Kredit stellte.

Die Flexibilisierung der technologischen Basis untergrub aber gleichzeitig die Machtbasis der Gewerkschaften, das klassische Fabrikssystem. Durch Auslagerung von Fertigungsabschnitten, die Einführung von Gruppenarbeit oder auch die Ersetzung etwa der Bandarbeit (die ja immer größere Gruppen von Beschäftigten zueinander führte) durch Automaten und Industrieroboter verschwand der sichtbare äußere Druck, der ein wichtiges Moment der Verwandlung der Arbeiterschaft in die Arbeiterklasse gewesen war. *Die Grundlagen der proletarischen Solidarität kamen ins Wanken.* Die Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten, oder die Gleichgültigkeit gegeneinander, verschärfte sich. Verstärkt wurden diese Prozesse durch kulturelle Umbrüche, wie die Individualisierung der Lebensstile, schließlich dann das Verschwinden öffentlicher Räume im Zuge der Privatisierungswelle, in denen man sich einfach treffen konnte. Das brachte, verschärft durch den Niedergang und Zusammenbruch des Realsozialismus, eine grundsätzliche Verschiebung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit mit sich.

Diese Prozesse werden in der linken Literatur mit dem Begriff des „Endes des Fordismus“ beschrieben.

Die Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse, die Schwächung der linken Bewegungen, Spaltungen und der Gewerkschaften erlaubte es, das öffentliche Eigentum in eine Anlagesphäre für privates Kapital zu verwandeln und in verschiedenen Formen zu privatisieren.

Die Staaten wurden gezwungen bzw. richtiger: in die Lage versetzt, Steuern für die Unternehmen und die Oberschichten zu senken: politisch wirksame Gegenkräfte gab es einfach nicht. Diese Umverteilungsprozesse sollten durch Ausgabenkürzungen (Haushaltskonsolidierung) abgesichert werden. Dies verstärkte die Tendenz zur Privatisierung, trieb die Kommunen in riskante Finanzgeschäfte (Bsp. Cross Border Leasing) und führte zu einer weiteren Schwächung der Sozialsysteme.

Mit den hier beschriebenen Faktoren werden Bedingungen für eine Überakkumulation, also für den Ausbruch neuer Krisen gesetzt. Es handelt sich hier um langfristig wirkende Faktoren, die sich in den früheren Jahren immer wieder in kleineren Krisen zeigten. Für sich genommen konstituieren sie aber noch keine Krise, schon gar keine Weltwirtschaftskrise.

Zu den Hintergründen, die der gegenwärtigen Krise eine eigene Qualität geben, gehört die Verflechtung, nicht nur Gleichzeitigkeit einer Reihe von Krisen.

Im Sommer 2008 verwies Elmar Altvater auf die „Vierfach-Krise des globalen Kapitalismus: Energie- und Klimakrise, Nahrungsmittel- und Finanzkrise“ (W&E-Hintergrund Juli 2008 <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/042ae69acf0a28201.php> oder

in Bibliotheken) Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte man berechtigt zusätzlich auch von einer Krise der Struktur der Weltwirtschaft sprechen können.

Die aktuelle Krise – Hintergrund III

- Schwäche der Positionen des „globalen Südens“ trotz des Entstehens neuer ökonomischer Zentren
 - Wasser- und Ernährungskrise
 - anhaltende Diskriminierung im Welthandel
 - politische Schwäche und Instabilität („failing states“)
- Klimawandel

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009

16

Folie 16 / Dies wird unter Folie 39 weiter ausgebaut.

Die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Mehrheit der Menschen, die in der „Dritten Welt“ leben sind vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren abgelaufenen Prozesse katastrophal. Dies zeigt sich besonders in der Ernährungskrise.

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL e.V. hat eine Broschüre unter dem Titel „Dem Weltmarkt misstrauen - Die Nahrungskrise nach dem Crash“ (<http://fdcl-berlin.de/index.php?id=1514>) veröffentlicht. Der Autor Thomas Fritz zeichnet ein fundiertes Bild der Ernährungssituation in der Welt und untersucht dabei die Ursachen der Verschärfung der Situation auf diesem Gebiet.

Der schreiende Widerspruch zwischen der allseits anerkannten Möglichkeit, allen Menschen ausreichende Ernährung zu Gewährleisten, und der Realität von wieder wachsendem Hunger in vielen Teilen der Welt erklärt sich aus dem Zusammenspiel der Faktoren, die im Kern auch der Finanz- und Wirtschaftskrise zugrunde liegen. Umverteilung von unten nach oben und von Süd nach Nord, Öffnung der Landwirtschaft als Akkumulationsfeld von Kapital, entsprechende Fixierung auf industrielle, exportorientierte Strukturen, Bindung der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung an börsenvermittelte Marktprozesse, Rückzug staatlicher bzw. öffentlicher Leistungen – all diese langfristigen Tendenzen verbinden sich nun mit der Klimakrise (z.B. Wassermangel oder Überschwemmungen), den Konsequenzen aus den starken Schwankungen von Öl- und anderen Rohstoffpreisen und den Unberechenbarkeiten der Kreditmärkte und der Währungen.

Thomas Fritz stellt überzeugend dar, dass kleine Lösungen kaum noch die Probleme lösen können. Schon im einführenden Teil zitiert er sicherheitspolitische Einschätzungen, die in der Ernährungskrise eine Bedrohung der internationalen Stabilität sehen. Hier zeigt sich aber auch, dass die Lösung der Krise bei den Eliten keinesfalls in einem Umsteuern, sondern in einem Ausbau der bestehenden Strategien der Entwicklung des Agrarsektors gesehen wird. Jeder andere Weg wäre zwangsläufig mit einer prinzipiellen Veränderung von Agrarproduktion und Konsum auch im Norden verbunden. Wahrscheinlich ist dies einer der wichtigsten Belege dafür, in welchem Maße die Ernährungskrise eine Krise der Lebensweise auch hier ist.

Einen Lösungsvorschlag macht T. Fritz an dieser Stelle nicht – das ist auch nicht Gegenstand der Publikation. Mit dem Nachweis, dass man dem Weltmarkt begründet misstrauen sollte, gibt er aber Alternativkonzepten die entscheidende Richtung.

Methodischer Hinweis

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine linke Anti-Krisen-Politik?

Es sollte hervorgehoben werden, dass vor diesem Hintergrund alle Strategien zur

Krisenbekämpfung hinsichtlich ihrer globalen Wirkungen befragt werden müssen? Damit

sollte an dieser Stelle auch auf die Verknüpfung von Krisenlösung und Veränderung der Lebensweise hingewiesen werden.

Es gibt also eine ganze Reihe von Entwicklungen, die neu sind und so die Besonderheiten der gegenwärtigen Krise charakterisieren und als Kriterien für die Gestaltung von politischen Strategien betrachtet werden können. Zusammengefasst muss man sagen, dass dahinter tatsächlich eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus steht. **Dabei verändern sich das Gewicht und der Charakter der verschiedenen Akteure in Wirtschaft und Politik.**

Zentrale Figur des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ist der industrielle Kapitalist, der sein Unternehmen führende Unternehmer. Ihm stehen die Banken und das geldbesitzende Publikum als potenzielle Investoren gegenüber. Die Erweiterung bzw. Modernisierung der Unternehmungen erfordert Geld – um dieses Geld müssen die Unternehmen konkurrieren. In diesem Sinne gibt es einen Finanzierungseingpass. Geld lässt sich in dieser Phase der Entwicklung relativ problemlos in Unternehmen anlegen.

Jörg Huffschmid erklärt diesen Prozess folgendermaßen:

„Im traditionellen Muster kapitalistischer Entwicklung waren die Unternehmer oder die Manager die entscheidenden Akteure, und ihre Arbeit bestand in der Organisation der Produktion und des Verkaufs. Die Finanzierung war ein Engpass für Unternehmensinvestitionen und wirtschaftliche Entwicklung.

Er wurde nicht nur durch das Sparen der Haushalte, sondern auch und primär durch die Kreditschöpfung der Banken überwunden, die politisch durch die Zentralbank gestützt wurden. In dieser Phase bilden sich folgende Grundfunktionen des Finanzsystems heraus:

- Gewährleistung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs durch Geschäfts- und Zentralbanken
- Verwaltung und Sicherung der Ersparnisse von Haushalten und Unternehmen durch Banken und Finanzaufsicht
- Finanzierung von Unternehmen durch Banken und Kapitalmärkte

Im Unterschied dazu finden wir im „reifen Kapitalismus“ einen Überfluss an Finanzvermögen, für das rentable Anlagemöglichkeiten zunehmend schwieriger zu finden sind – während gleichzeitig die Kreditschöpfung in großem Umfang weitergeht, weil sie eine wesentlicher Gewinnquelle für den Bankensektor ist.

In dieser Situation finanzieller Überakkumulation treten Finanzinvestoren zunehmend als zentrale Akteure an die Stelle einzelner Unternehmer oder Manager. Sie sammeln Geld von den letztendlichen Vermögensbesitzern ein, bündeln es zu großen Beträgen und verwenden diese in einem breiten Spektrum von Aktivitäten, unter denen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nur eine von vielen Optionen ist.

Kapitalismus wird zu finanzmarktgetriebenem – genauer finanzinvestorgetriebenem – Kapitalismus, jedenfalls in den entwickelten Ländern.

Die allmähliche Herausbildung dieser neuen Konstellation von Märkten und Akteuren verändert die Grundstruktur des Kapitalismus nicht. Sie besteht nach wie vor darin, durch Ausbeutung von Arbeitskraft Mehrwert produzieren zu lassen und als Kapitalprofit anzueignen.

Die Finanzinvestoren – ursprünglich nur eine Dienstleistungsbranche zum Management und zur Vermehrung von Finanzvermögen – die jetzt zu zentralen Akteuren werden, sind vom konkreten Produktionsprozess sehr viel weiter entfernt als die traditionellen Unternehmer und auch als die technokratischen Manager großer Industrie- oder Dienstleistungskonzerne. Unter diesem Aspekt ist finanzmarktgetriebener Kapitalismus eine weitere reale Mystifikation der Natur des Kapitalismus. Er eliminiert alle Zwischenstufen zwischen Geld (G) und mehr Geld

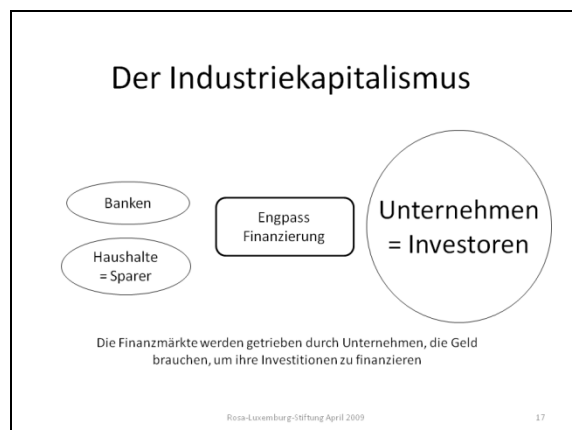
(G') als dem letzten Zweck des Kapitals – wohingegen der Industriekapitalismus noch der sichtbareren Form $G - W \leftarrow P \rightarrow W' - G'$ folgt: Mit Geld werden Waren (W) gekauft, damit werden in der Produktion (P) neue, höherwertige Waren produziert (W'), die nun durch den Verkauf mehr Geld (G') einbringen.

Der Aufstieg des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ging einher mit einer langfristigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA und in Europa – zumindest im Vergleich zum Vierteljahrhundert nach dem zweiten Weltkrieg.

Eine Erklärung hierfür dürfte die anhaltende Umverteilung von unten nach oben sein, die einen Teufelskreis von Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und weiterer Umverteilung nach sich zog.

Dieses Muster treibt seinerseits das starke Wachstum der Finanzmärkte an. Die Gewinne und hohen Einkommen werden immer weniger für Konsum (jedenfalls über eine gewisse Grenze des Luxuskonsums hinaus) oder der produktiven Investition (wegen der unzureichenden Märkten für Endprodukte und Dienstleistungen) genutzt. Stattdessen werden sie auf den Finanzmärkten angelegt. In bestimmten Abständen können sie dann das Wirtschaftswachstum über den Aufbau massiver Finanzspekulation zeitweise hochtreiben. Aber wenn die spekulativen Blasen dann platzen wird es massive negative Rückwirkungen für Wachstum, Beschäftigung und den Lebensstandard der Mehrheit der Menschen geben.

Der Übergang zu diesem Muster finanzmarktgetriebener Entwicklung ist ein allmählicher Prozess, der vor rund 30 Jahren begonnen hat und keineswegs abgeschlossen ist. Es ist auf der einen Seite ein Angriff auf die Erfolge und Errungenschaften progressiver Reformpolitik während der drei Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg. Auf der anderen Seite ist es der Ausdruck einer neuen Form von finanzieller Überakkumulation von Kapital, als Alternative zu der traditionellen Form von Überakkumulation. Während letztere sich in Überkapazitäten bzw., der Unterauslastung bestehender Kapazitäten im produktiven Sektor zeigte, kommt erstere zunehmend in der Anhäufung von Finanzvermögen zum Ausdruck, das nicht im produktiven, sondern im Finanzsektor angelegt wird.“

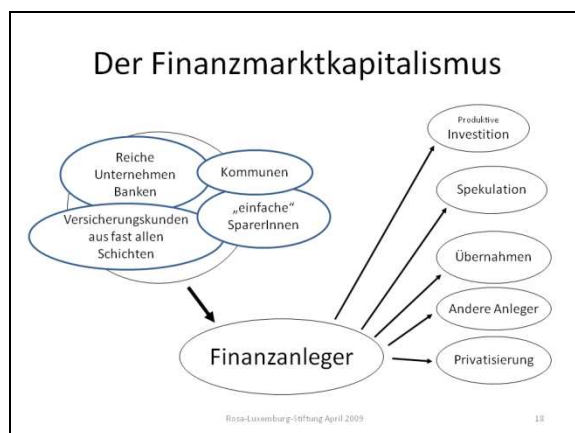


Folie 17

Zwei Aspekte sind es, die hier zu betonen sind. Erstens verändert sich der Kreis derer, die als Investoren auftreten – es sind die „Reichen“ aber auch viele abhängig Beschäftigte und die Kommunen. Zweitens entsteht ein Typ von Unternehmen, deren Zweck die Verwertung dieser Einlagen ist. Zwar erfordert die Verwertung des eingesetzten Kapitals in letzter Instanz wieder dessen Einsatz in der Produktion, aber eben nur in letzter Instanz. Die Institution der Finanzunternehmen und die durch diese (wie auch die Banken) produzierten Finanzprodukte erwecken den Anschein der Loslösung der Verwertung von der „Realwirtschaft“. In den Krisen wird diese Verbindung wieder hergestellt – mit entsprechenden Verlusten.

Dabei ist weiter zu berücksichtigen, dass sich in der Zeit zwischen Industriekapitalismus und Finanzmarktkapitalismus wesentliche Veränderungen bezüglich der Personifikation des Kapitaleigentums (sozialer Träger der Kapitalbewegung) vollzogen haben. Neben der schwächer werdenden Schicht der fungierenden Industriekapitalisten und der Schicht der reinen Geldkapitalisten hat sich eine weitgehende Verflechtung zwischen Reichen/Sparern/Investoren/Industriekapitalisten entwickelt, die u.a. mit dem Begriff der Finanzoligarchie gefasst wurde. Auch dürfte die Verflechtung von Management und EigentümerInnen stärker sein als je zuvor.

Die beschriebene Veränderung der Rolle verschiedener Wege der Verwertung von Kapital zieht allerdings nicht eine unterschiedliche Wertigkeit der Kapitale nach sich. Die Veränderung, die Huffschmid beschreibt, ist eine Veränderung der Interessenkonstellation des Gesamtkapitals – und das ist das Entscheidende. *Kapital fungiert nicht als Kapital einzelner Sektoren, sondern nur in seiner Gesamtheit (Totalität).*



Folie 18

Man braucht als Geldbesitzer nicht mehr die Produktion dazwischen zu schalten – es haben sich Unternehmen und Kreditinstrumente entwickelt, die die Geldspekulation kontinuierlich selbstständig macht. Diese Instrumente sind im Unterschied zu früher allgemein zugänglich und scheinen durch die Einbettung in die von der Gesellschaft und nur von ihr geschaffenen Bedingungen Sicherheit gegen Schwankungen zu geben.

Die von Huffschmid eingeschobene Bemerkung des finanzinvestorengetriebenen Kapitalismus ist daher die eigentlich wichtige – Die zentrale Figur ist der Finanzinvestor, er ist der Kapitalist des 21. Jahrhunderts. Auch „Industriekapitalisten“ entsprechen heute diesem Typus.

Die erste Frage die bezüglich der unmittelbaren Ursachen (Auslöser) der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu stellen ist, ist die nach den Ursachen der *Finanzkrise* zu fragen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise –
Ursachen und Auslöser

- Unmittelbare Ursachen:
 - Umverteilung von unten nach oben
 - Privatisierung sozialer Sicherung und öffentlichen Eigentums
 - Überkapazitäten in vielen Branchen – Verschärfung der Konkurrenz und der Finanzierungsansprüche
- Auslöser: Finanzialisierung der Gesellschaft
 - Deregulierung der Finanzmärkte
 - Finanzkonzerne und „innovative Finanzmarktprodukte“
 - Ratingagenturen als Selbstregulation der Spekulanten

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009 19

Folie 19

Sie war der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Finanzkrisen setzen das Vorhandensein relativ überschüssigen Geldkapitals voraus. Woher kommt dieses Kapital? Die in den letzten Jahrzehnten mögliche Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums ist die entscheidende Quelle für dieses Kapital. Sie wird durch die Privatisierung sozialer Sicherung verstärkt, indem in Versicherungen bzw. Pensionsfonds auch massenhafte Lohnbestandteile in die finanzkapitalistischen Kreisläufe einbezogen werden.

Dem wachsenden Angebot von Geld auf dem Kapitalmarkt steht die sinkende Kaufkraft weiter Bevölkerungsteile gegenüber.

Diese Möglichkeit der Verwertung von Kapital tritt in Konkurrenz zu Kapitalanlagen in klassischen Investitionen. Bei wachsender Konkurrenz steigt auch hier der Bedarf an flexibel verfügbarem Kapital in erheblichem Umfang – Innovationen müssen immer schneller durchgebracht werden, um auf den umkämpften Märkten zu überleben und die Finanziers bedienen zu können. Diese Ausweitung von Produktion und Dienstleistungen trifft aber eben auf eine geringere Kaufkraft – dies verstärkt die Tendenz zur relativen Überproduktion bzw. Überakkumulation (also einem Maß an Anlage von Kapital in Produktion, Dienstleistungen oder eben auch Finanzprodukten, die keine Nachfrage mehr finden kann).

All dies führt nicht automatisch zu einer Krise. Es muss ein bestimmtes Maß erreicht werden und es müssen gesellschaftliche Institutionen entstehen, über die sich die Krise dann Bahn bricht. Die in den Hintergründen und Ursachen der Krise angelegten Krisenmöglichkeit entfaltet sich durch Deregulierung, die Entwicklung von Finanzkonzernen und innovativen Finanzprodukten sowie der Wirkung der Ratingagenturen als tatsächliche Krise (Krisenwirklichkeit).

Die Unterscheidung ist wichtig, wenn es um die Bestimmung politischer Ziele, um die Bestimmung von potenziellen Bündnispartnern und um die Bestimmung der Prioritäten politischer Forderungen geht.